

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 5. Mai 2014

verfasst von Andreas Erdin

In der letzten Ratssitzung des Amtsjahres 2013/2014, d.h. der letzten Ratssitzung unter dem Vorsitz von Bruno Walliser, werden ausschliesslich Geschäfte der Finanzdirektion behandelt (Frau Regierungsrätin Ursula Gut).

Bei den Redaktionslesungen zu **zwei Änderungen des Steuergesetzes** und zu einer **Änderung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung** gibt es keine Wortmeldungen. In den Schlussabstimmungen werden alle drei klar angenommen (alle drei unterstehen dem fakultativen Referendum). – Eine **Änderung der Notariatsgebührenverordnung** (auf Antrag des Regierungsrates) wird im sog. schriftlichen Verfahren genehmigt.

Auf Antrag des Regierungsrates bewilligt der Kantonsrat mit 150:15 Stimmen **einen Beitrag von Fr. 1'472'000 aus dem Lotteriefonds für die Teilnahme des Kantons Zürich als Ehrengast an der LUGA 2015 in Luzern** (Landwirtschafts- und Gewerbeausstellung). Der Kanton soll sich einem breiten Publikum von seiner besten Seite präsentieren. Die Gegenstimmen (darunter sind auch einige Grünliberale) argumentieren, dass die Gelder des Lotteriefonds für andere Zwecke bestimmt sind und die LUGA eine kommerzielle Ausstellung wie die ZÜSPA ist.

Das Postulat zur **Erweiterung der Leistungsgruppeneinteilung gemäss CRG und Verbindlicherklärung der Leistungsgruppen 4950 sowie der neu eingeführten Gruppen in den einzelnen Direktionen** wird mit 106:61 Stimmen überwiesen. Beide Teile des Postulats – sowohl die Verbindlicherklärung als auch neue Sammelkontos pro Direktion im Sinne eines Globalbudgets – erachten die Grünliberalen als sinnvoll.

Bei der Motion zu einer **Zielvorgabe Geschlechteranteil Kader kantonale Verwaltung (Mindestquote von 35% für beide Geschlechter)** bestehen in der Grünliberalen Fraktion verschiedene Positionen, was in Zustimmung, Ablehnung und bewusster Enthaltung zum Ausdruck gebracht wird. Die GegnerInnen finden Geschlechterquoten grundsätzlich problematisch; es sei der falsche Weg zu einem richtigen Ziel. Die BefürworterInnen argumentieren, dass ohne eine gesetzliche Quote das richtige Ziel gar nicht (oder viel zu langsam) erreicht wird. So unterstützt die Hälfte unserer Fraktion die Motion, die dann aber doch mit 100:61 Stimmen abgelehnt wird.

Schliesslich diskutiert der Kantonsrat die Antworten des Regierungsrates auf **Interpellationen**. Bei allen nimmt Beni Schwarzenbach im Namen der Grünliberalen Fraktion Stellung.

Transparenz bei Steuerprivilegien für Unternehmen

Die Grünliberalen unterstützen die Forderung nach mehr Transparenz darüber, welche Firmen in den Genuss steuerlicher Privilegien kommen, wie hoch die dadurch entstehenden Steuerausfälle sind und wie viele Arbeitsplätze durch diese Standortförderungs-Massnahme angesiedelt werden konnten. Das Instrument soll zwar nur sehr zurückhaltend eingesetzt, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden

Unternehmenssteuerreform III

Steuererleichterungen, welche die Erhaltung der anderen Standortvorteile (das gute Bildungssystem, die Infrastruktur und die hohe Lebensqualität) gefährden würden, unterstützen die Grünliberalen nicht. Für uns muss die Unternehmenssteuerreform III saldoneutral ausgestaltet werden und dürfen die natürlichen Personen nicht stärker belasten. Weil bezüglich der Ausgestaltung dieser Reform aber auf Bundesebene noch keine konkreten Vorschläge gemacht wurden noch viel Unklarheit besteht, war die Interpellation eigentlich verfrüht.